

Dr. Stephan Eisel
An der Vogelweide 11
53229 Bonn
stephan.eisel@gmx.net
(9. Juli 2017)

Kompromissloses Nein zur Privatgewalt

Es geht um eine Grundfrage unserer Zivilisation

Der G20-Gipfel ist vorbei. Zur Bilanz gehören auch 476 verletzte Polizisten, Gewalttätigkeiten aller Art, Stahlgeschosse gegen Polizisten, Brandstiftungen und Plünderungen. Die Brutalität der Gewalt war nach Aussage vieler Experten beispiellos. Ebenso erschreckend sind die Versuche der Verharmlosung und Rechtfertigung dieser Brutalität. Zu den Gewalttätern gesellen sich geistige Brandstifter, die mit ihren Verharmlosungen und Rechtfertigungen in Wahrheit offene Beihilfe zur Gewaltausübung leisten.

Ein Beispiel dafür ist der angeblich „linksliberale“ Journalist Jacob Augstein. Seit 2013 ist er Chefredakteur der Wochenzeitung „Freitag“, die er bereits 2008 gekauft hat. Aus der privilegierten Position des Eigentümers, Verlegers und Chefredakteur in einer Person twitterte der gern gesehene Gast in Fernseh-Talkshows vor dem G20-Gipfel am 6. Juli: „Der Preis muß so in Höhe getrieben werden, dass niemand eine solche Konferenz ausrichten will.“

Dieser ziemlich unverhohlenen Ermutigung radikaler Gewalttäter folgte einen Tag später Augsteins Weigerung, Gewalttaten zu verurteilen. Die Bundesregierung hatte nach den ersten verletzten Polizisten in Hamburg getwittert: „Friedliches demonstrieren, ja! Für Gewalt gibt es keine Rechtfertigung!“ Augsteins unmittelbare Antwort darauf: „Widerspruch ! Der Gipfel selbst tut der Stadt Gewalt an ! Mündige Bürger werden zur Kulisse von Despoten gemacht.“

Wer wie Augstein und verschiedene Vertreter der Linken zu einer klaren Ablehnung von Gewalt nicht mehr fähig ist, ebnet den Weg für das Faustrecht der Stärkeren, das sich immer gegen die Schwachen richtet. Hier unterscheiden sich linksextremen Gewalttäter und Plünderer von Hamburg nicht von Hooligans oder Neonazis und deren Brandanschläge gegen Flüchtlingsheime.

Schon im Gesetzeskodex des Hammurabi (1728-1686 v. Chr.) wird als Staatszweck formuliert, dass man „den Starken daran hindere, den Schwachen zu bedrücken“. Für uns in Europa war auf dem Weg durch Zivilisation das Faustrecht zu besiegen der am 7. August 1495 verkündete „Ewige Landfriede“ eine wichtige Etappe, weil dieses Gesetz erstmals Gewalt als Mittel zur Durchsetzung des eigenen Willens ächtete. Im bis heute prägenden Preußischen Landrecht von 1794 hieß es dann verbindlich: „Durch Handlungen unerlaubter Privatgewalt kann der Besitz einer Sache nie erlangt werden.“ Für Immanuel Kant (1724-1804) konstituiert sich der Übergang von Gewalt zu Recht im Verbot der Privatgewalt durch das staatliche Gewaltmonopol.

Diese wenigen Hinweis zeigen, dass es bei der Überwindung von Privatgewalt und Faustrecht um eine grundlegende zivilisatorische Errungenschaft geht. Deshalb darf das Tabu der Ablehnung von Privatgewalt nicht beschädigt werden.

Das geschieht nicht nur, wenn man wie Augstein praktische Gewalt mit theoretischen Gründen ermutigt und rechtfertigt. Es geschieht auch, wenn man Ursache und Wirkung verwechselt, indem man der Polizei vorwirft, sie habe die Lage „eskaliert“ - so als hätten sich Gewalttäter Steine, Zwillen und Molotow-Cocktails nicht schon unabhängig von der polizeilichen Strategie Recht gelegt. Auf einem abschüssigen Weg befindet sich auch, wer Straßenschlachten wie in Hamburg einfach als Aufeinandertreffen zweier Kampfverbände mit (medialen) Schiedsrichtern betrachtet. Wer Gewalttäter und Polizei gleichsetzt, akzeptiert Gewalttäter im Grunde als legitime Gruppe in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung und hat ihnen damit bereits die Tür geöffnet. Auch wer jetzt argumentiert, man hätte den G20-Gipfel nicht nach Hamburg legen dürfen, hat vor den Gewalttätern längst kapituliert. Sollen sie künftig entscheiden, wer sich wo wann zu welchem Gespräch trifft ?

Das Hamburger Gewaltbündnis „Welcome to Hell“ machte nämlich vor dem Gipfel keinen Hehl aus seinen Zielen: „Mit vielfältigem, massenhaftem und unberechenbarem Widerstand wird der reibungslose Ablauf der Gipfelinszenierung gestört werden.“ In den Presseerklärungen des Bündnisses hieß es ganz offen: „Wenn wir unser Bündnis „Welcome to Hell“ genannt haben, dann meinten wir genau das: Den Herrschenden ihr G20-Treffen in Hamburg ansatzweise zu der Hölle zu machen, die sie zu verantworten haben und für die sie stehen.“ Zufrieden wird nach Abschluss des Gipfels bilanziert: „Ziel des Protestes gegen den G20 war es, seine planmäßige Durchführung zu be- oder sogar zu verhindern, ihn empfindlich in seinem Ablauf zu stören oder wenigstens die Glitzershow mit ihren scheinheiligen „Familienfotos“ zu beschmutzen und den Teilnehmer*innen die ideologische Soße eines politisch substanziellen Kaffeeklatschs zu versalzen. Diese Ziel haben wir erreicht.“

Solchen Angriffen auf unsere Zivilisation müssen wir gemeinsam entgegentreten. Wechselseitige Rücktrittsforderungen lenken nur von den Gewalttätern ab, denen unsere Gesellschaft oft falsche Toleranz entgegenbringt: Warum dulden z. B. Hamburger Regierungen jeglicher Couleur seit 1989 (!) die illegale "Rote Flora" (in einem gesetzeswidrig besetzten Haus im Hamburger Schanzenviertel), die sich jetzt als Koordinationszentrum der Gewalttaten (mit Spendenkonto für die Organisatoren von "Welcome to Hell") hervor getan hat.

Wer Privatgewalt unterbinden und den Rückfall in das Zeitalter des Faustrechts verhindern will, sollte vielmehr folgende Fragen stellen:

- Wer hat Gewalttäter z. B. durch Demonstrationenaufrufe nach Hamburg eingeladen.
- Wer hat Gewalttäter in Hamburg beherbergt ?
- Wer verharmlost Gewalttaten wenn sie angekündigt werden oder begangen wurden?
- Wer verweigert bei der Verurteilung von Gewalttaten eine klare Antwort ?

Gewalt verhindern kann nur, wer dabei keine Kompromisse eingeht. In dieser Grundfrage unserer Zivilisation sind Klarheit und Einseitigkeit gefordert: Für das staatliche Gewaltmonopol und damit die Ablehnung von Privatgewalt und deren Rechtfertigung.